



Wolfgang Drexler
Fraktionsvorsitzender

"Alle Ideen haben ihren Reiz, wobei der SPD-Plan bisher am effektivsten erscheint."

Stuttgarter Nachrichten
9. Januar 2003

"Aber die SPD hat mit ihrem Konzept einen Stein ins Wasser geworfen, der Wellen erzeugen wird. Die Genossen, die schon der Kreis- und Gemeindereform vor 30 Jahren ihren Stempel aufdrückten, marschieren erneut vorneweg."

Stuttgarter Zeitung
9. Januar 2003

"Die Strukturen sind für die heutige Zeit einfach zu klein kariert, kritisiert Metzger die verschachtelten bürokratischen Entscheidungsebenen. Weil die Selbstbeschäftigung der Verwaltungen zu viele Blüten treibe, ist für ihn und viele seiner Kollegen klar: Wir brauchen andere Hierarchien."

Brettens Oberbürgermeister Paul Metzger (CDU) laut Stuttgarter Zeitung, 17. Januar 2003

"Die Menschen haben zwei Bezugspunkte: ihre Heimatgemeinde und die Region... Die Zukunft verlangt starke Gemeinden und eine stärkere Region."

Regionaldirektor Bernd Steinacher (CDU), Südwest Presse, 9. Januar 2003

Verwaltungsreform: Mehr Bürgernähe - mehr Effizienz - weniger Bürokratie

Wäre es nicht schön, wir könnten Verwaltungsangelegenheiten rund um unser Auto, wie Zulassung und Führerschein, überall direkt vor Ort erledigen? Genau dieses Mehr an Bürgernähe strebt der Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion für eine durchgreifende Verwaltungsreform in Baden-Württemberg an. Gleichzeitig spüren die Menschen aber, dass wir bestimmte Aufgaben, wie etwa Nahverkehr und Abfallsorgung, nur noch in größeren Einheiten effizient bewältigen können. Deshalb will die SPD die bisherigen Regierungsbezirke, Stadt- und Landkreise in ungefähr acht Regionalkreisen als neue Mittelinstanz bündeln. Wir sagen Ja zu einer bürgernahen, leistungsfähigen und kostengünstigen Verwaltung. Die Pläne von Ministerpräsident Teufel zur Aufblähung der Landratsämter führen dagegen in die Irre.

Blenden wir kurz zurück: Bereits im Januar 1971 erhob die SPD in den damaligen Koalitionsverhandlungen mit der CDU die Forderung, die Regierungspräsidien aufzulösen. Die CDU sagte: In Ordnung, da machen wir mit. Die Regierungspräsidien wären mit Wirkung zum 01.01.1977 aufgelöst worden. Im Rahmen des Modells für Regionalämter wurden verschiedene Varianten für die Bündelung staatlicher Aufgaben diskutiert. Doch bereits im Juli 1973 legte die Landesregierung, nun ohne die treibende Kraft der SPD, ein Konzept vor, das wieder die Beibehaltung der Regierungspräsidien vorsah. Seither ist keine umfassende, grundlegende Reform mehr in Angriff genommen worden.

Verwaltungsreform - eine endlose Geschichte ohne Ergebnis?

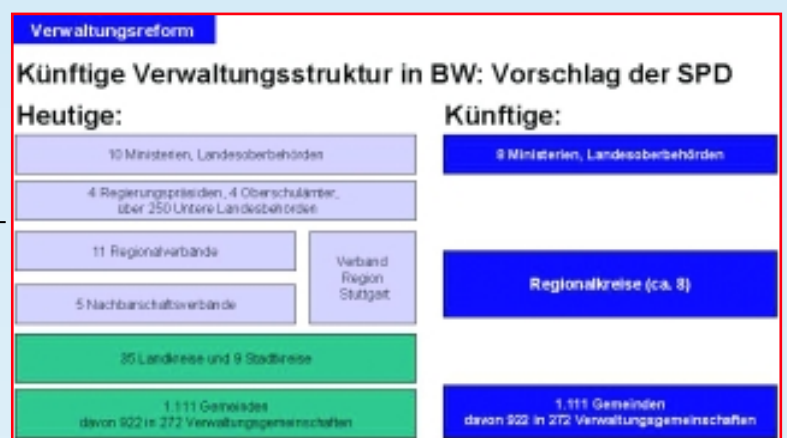
Der Wandel der Zeit schritt ins Land, doch der überkommene Verwaltungsaufbau in unserem Land erwies sich als Fels in der Brandung. Zwar wurde an den verschiedensten Stellen etwas umgebaut, doch um die nötige Schlankheitskur kam die Bürokratie herum. In der Großen Koalition in den 90er Jahren drückte die SPD wieder aufs Tempo. Immerhin gelang es, zusammen mit der CDU einige Behörden aufzulösen oder zusammenzulegen. Die Eingliederung von Sonderbehörden war

damals ein wesentlicher Schritt. Gesundheits- und Veterinärämter sowie ein Teil der Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz wurden in die Landratsämter eingegliedert. Und im Jahr 1994 begann schließlich die Erfolgsgeschichte des Verbands Region Stuttgart.

Der SPD-Vorschlag:

Regionalkreise schaffen

Die SPD blieb beim Thema Verwaltungsreform über die Jahre immer am Ball. Nach gründlichen Vorarbeiten, an denen auch Experten von außen beteiligt waren, hat die SPD-Landtagsfraktion nun fünfzig Jahre nach der Gründung des Südweststaates erneut einen Stein ins Wasser geworfen: Mit einer eigenen Konzeption für eine Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern hat sie die Diskussion vorangebracht und die Regierung Teufel selbst zum Handeln gezwungen.



Kern des Konzeptes der SPD ist, die bisherigen Regierungsbezirke, Stadt- und Landkreise in ungefähr acht Regionalkreisen als neue Mittelinstanz zu bündeln. Eine Gemeindegebietsreform ist in diesem Zusammenhang nicht vorgesehen und auch nicht nötig. Zugleich sollen Aufgaben so weit wie möglich bürgernah den Kommunen übertragen werden. Die Zahl der Ministerien im Land soll verringert werden.

Landtags-
Fraktion

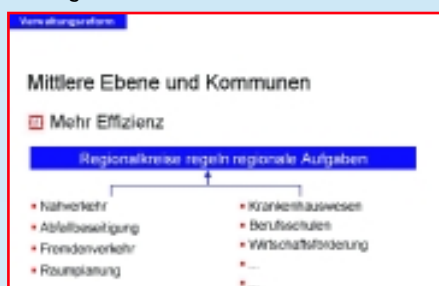


Baden-
Württemberg

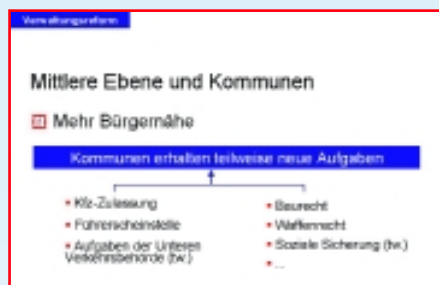
SPD

Einzelheiten zum neuen Verwaltungsaufbau

Die derzeitigen Strukturen sind ineffizient, teuer und für die Bürger kaum durchschaubar. Verwaltungsaufgaben, welche die Bürger direkt betreffen, wie z.B. Nahverkehr, Krankenhauswesen, Regionalstraßen, Abfallbeseitigung, Wirtschaftsförderung, Tourismus und Berufsschulen, können effizient nur noch von größeren Einheiten bewältigt werden. Die bestehende Verwaltungsstruktur mit Regierungspräsidien, zahlreichen unteren Landesbehörden, 11 Regionalverbänden, dem Verband Region Stuttgart, 5 Nachbargemeinschaftenverbänden, 35 Landkreisen und 9 Stadtkreisen sowie 1.111 Gemeinden ist den heutigen Anforderungen so nicht mehr gewachsen.



Die neuen Regionalkreise sollen jeweils durch einen vom Volk gewählten Regionalrat vertreten werden. In den Regionalkreisverwaltungen sollen Regionalämter gebildet werden, in denen insbesondere die staatlichen Aufgaben der 4 Regierungspräsidien, der 4 Oberschulämter, des Landesamts für Flurneuordnung und Landesentwicklung, der 9 Gewerbeaufsichtsämter, der 19 Flurbereinigungsämter, der 20 Straßenbauämter, der 30 Schulämter, der 35 Ämter für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur, der 163 Forstämter und der staatlichen Vermessungsämter gebündelt werden. Dies wird zu schnelleren und zu transparenteren Entscheidungen führen und zudem Doppelzuständigkeiten abbauen.



Überdies sollen möglichst viele Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden, um die Bürgernähe zu stärken. Gedacht ist hier z.B. an Aufgaben wie Führerscheinerteilung oder Kfz-Zulassung, an Teilaufgaben der unteren Verkehrsbehörde, Baurechtszuständigkeiten, Waffenrecht und auch an Aufgaben des bisherigen Kreisjagdammtes. Das SPD-Konzept beschränkt sich indes nicht nur auf eine Reform der Verwaltungsstrukturen. Wir müssen gleichzeitig eine umfassende

Aufgabenkritik durchführen, die Prozesse in der Verwaltung optimieren und die Vorteile von E-Government (z.B. kundenfreundlicher Formularservice im Internet) viel stärker nutzen.

Teufels Verwaltungsreform führt in die Irre

Mit seinen eilig und in aller Stille ausgetüftelten Plänen zur Verwaltungsreform wollte Ministerpräsident Teufel einen Überraschungscoup landen und sein Blockadeimage abstreifen. Die Zielsetzungen führen jedoch nach Ansicht der SPD und vieler Experten in die falsche Richtung. Gut 350 Behörden sollen abgebaut, zusammengelegt oder in die Regierungspräsidien und Landratsämter eingegliedert werden. Teufel beschränkt sich letztlich auf einen Verschiebehahnhof bei den nachgeordneten Behörden. Eine solche Reform bleibt ein Torso, weil sie auf Dauer Verwaltungsstrukturen weder effizienter noch kostengünstiger macht und auch nicht mehr Bürgernähe bringt. Und wie die erhoffte so genannte Effizienzrendite von 20 Prozent hereingeholt werden soll, steht in den Sternen. Viele Kommunen befürchten, dass sie die Suppe von Teufels vermeintlich großem Wurf auslöpfeln und unter dem Strich noch mehr Kosten schultern müssen.

"Skeptisch reagiert der Städtetag auf den Vorschlag, die Polizeidirektionen in die Stadt- und Landkreise einzugliedern. Die Polizei habe eine besondere, von der allgemeinen Verwaltung abweichende Struktur und Aufgabenstellung...."

Pressemitteilung des Städtetags Baden-Württemberg vom 31. März 2003 zu Teufels Plänen für eine Verwaltungsreform

Völlig auf dem Holzweg ist Teufel insbesondere mit seiner Absicht, die Polizeidirektionen in die Landratsämter einzugliedern. Damit wird der direkte Durchgriff in der Polizeivollzugsarbeit über die verschiedenen Ebenen hinweg behindert. Eine effiziente Polizeiarbeit würde außerordentlich erschwert. Eine Schwächung der inneren Sicherheit wäre mit dieser Eingliederung der Polizei in die Landratsämter geradezu vorprogrammiert. Die SPD lässt in ihrem Konzept für eine durchgreifende Verwaltungsreform die Polizei-, Justiz- und Finanzverwaltung aus guten Gründen unangetastet und verzichtet auf eine Eingliederung in die neu zu schaffenden Regionalkreise.

Jede Verwaltungsreform braucht einen langen Atem

Die SPD braucht sich im Wettbewerb der Ideen nicht zu verstecken. Mit ihrem Vorschlag hat sie Teufel derartig unter Druck gesetzt, dass er nach jahrelanger Blockadehaltung jetzt versucht, seinen Kopf mit Scheinlösungen aus der Schlinge zu ziehen. Das bessere Konzept für eine zukunftstaugliche Verwaltungsreform

besitzt eindeutig die SPD. Über kurz oder lang wird kein Weg daran vorbeiführen, durch die Bildung von Regionalkreisen zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: mehr Effizienz und mehr Bürgernähe. Und wenn unsere Verwaltung dann auch noch weniger kostet, freut dies jede Landesregierung wie auch alle Steuerzahler.

Der Vorschlag der SPD wird von wichtigen Leuten in der Wirtschaft geteilt, ebenso von Kommunalpolitikern und Verwaltungsexperten, die Handlungsbedarf sehen. Selbst bei einigen CDU-Oberen hört man hinter vorgehaltener Hand: "Die Zukunft gehört Regionalkreisen."

Ziele der Verwaltungsreform

- Mehr Bürgernähe
- Mehr Transparenz
- Mehr Effizienz
- Kommunen stärken
- Bezahlbare Verwaltung

Wie geht es nun weiter?

Die SPD wird in den nächsten Wochen und Monaten ein ganzes Bündel an Maßnahmen durchführen, um weiter für ihre Initiative zu werben. Teufel wird zu seinem unausgegorenen Plan noch viele offene Fragen beantworten müssen, auch aus den eigenen Reihen. Klar ist dabei so oder so, dass eine Verwaltungsreform - egal welchen Zuschnitts - einen langen Atem braucht.

Weitere Infos und eine Folienpräsentation zum SPD-Konzept für eine Verwaltungsreform gibt es im Internet:

www.spd.landtag-bw.de
Natürlich sind wir auch an Ihrer Meinung interessiert: Rufen Sie an, schreiben Sie oder schicken Sie uns eine E-Mail. Alle Angaben finden Sie gleich unten im Impressum.

Herausgeber:

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
 Konrad-Adenauer-Straße 12 · 70173 Stuttgart
 Telefon 07 11/20 63-7 26/7 11
 Telefax 07 11/20 63-7 10/7 14
 zentrale@spd.landtag-bw.de
 www.spd.landtag-bw.de

Verantwortlich: Matthias Klopfer

Redaktion: Martin Mendler

Gestaltung: Werbeagentur KNOW-HOW

April 2003

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Parteien dürfen sie nicht als Wahlwerbung verwenden.

Landtagsfraktion

Baden-Württemberg



SPD